

„Finanziell leicht erholt und vorsichtig optimistisch“

Auf dem Empfang des Rates für die Vertreter der Wirtschaft gibt es zwei Redethemen: Obernkirchen und Hartz IV

Obernkirchen (rnk). Die finanzielle Situation der Bergstadt und „Hartz IV“ standen im Mittelpunkt der Reden beim zweiten Empfang des Stadtrates für die Vertreter der Wirtschaft in der Vehlener Brauerei „Meyerhöfer“.



Heinz-Gerhard Schöttelndreier

Bürgermeister Horst Sassenberg berichtete von einer „leicht erholten und gefestigten Situation“ der Stadt, „wir haben eine ausgewogene Tendenz und sind vorsichtig optimistisch“.

Und dies, obwohl in der Zwischenzeit die Finanzkrisen in den deutschen Städten „schonungslos“ zugenommen hätten und auch viele grundsoliden Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen könnten. „Die wiederholte Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen ohne vernünftige Finanzierung durch Bund und Land hat zu diesem Ergebnis geführt.“

Auch vor Obernkirchen habe die Krise nicht Halt gemacht. Der Anteil der Erwerbstätigen sei zwischen 1987 und 2002 um elf Prozent gesunken, das entspreche rund 350 Menschen. Die Einwohner-Entwicklung sei rückläufig, zwar liege man zentral im Landkreis, aber verfüge nur über eine ungenügende Verkehrsanbindung für Pendler, was zu einem recht begrenzten Zuzug junger Familien führe.

Lichtblicke gebe für die Kommunen aber auch, spielte Sassenberg Landrat Heinz-Gerhard Schöttelndreier den Rhetorikball zu: „Hartz IV.“

Viele, die dagegen protestieren würden, wüssten gar nicht, worum es bei Hartz IV wirklich gehe, monierte der Landrat. Das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, wie es im Sozialgesetzbuch II stehe, regele die Zusammenführung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe: laufende Unterstützungen, die nicht aus Beiträgen, sondern aus Steuern finanziert würden.

Durch das neue Gesetz sollen Doppelstrukturen abgebaut werden, eine Folge wäre die „überfällige“ (Schöttelndreier) Senkung von Lohnnebenkosten. Zudem werde Missbrauch ein Riegel vorgeschoben und könnten Arbeitslose schneller als bisher vermittelt werden. Ein vernünftiges, ein richtiges Ziel, eine längst überfällige Reform“, befand der Landrat. Doch seien im Gesetzgebungsverfahren viele Pannen passiert, die das Ziel verwässert hätten: Über die Mitwirkung der Länder im Bundesrat und über die Kompromisse im Vermittlungsausschuss sei von einem guten und vernünftigen Gesetz nur noch ein schwer handbares Instrument übrig geblieben. Inzwischen sei „Hartz IV“ der „Inbegriff für Auflehnung gegen den Staat“, ein Reizwort, das Emotionen und vor allem Ängste mobilisiere, geschürt von der Boulevardpresse, die auf dieser Welle Geschäfte mache. Wider besseres Wissen werde behauptet, alle Arbeitslosengeld-II-Empfänger würden in die Armut gedrängt, müssten in Plattenbauten umziehen und würde ihnen das Fahrzeug und das Häuschen weggenommen. Schöttelndreier: „In der Tendenz werden unsere Anspruchsteller – also die Bezieher der Sozialhilfe – durchweg besser gestellt.“

Wie auch immer, fuhr Schöttelndreier fort, das Gesetz trete am 1. Januar 2005 in Kraft und der Landkreis müsse es ausführen. Die zusätzlichen Leistungen für den Landkreis würden bei acht

Millionen liegen. Das eigentliche Problem liege weniger in der Vermittlung, weniger in der Qualifizierung und schon gar nicht in der passiven Geldleistung, das eigentliche Problem liege im Mangel an Jobs: „Es gibt nicht genügend Arbeitsplätze, auf denen die Langzeitarbeitslosen vermittelt werden können.“

Mit Blick auf die Finanzsituation der Bergstadt erklärt Schöttelndreier, dass sie zwar nach wie vor nicht rosig sei, trotz der Haushaltskonsolidierung durchaus besorgniserregend, aber eben auch nicht hausgemacht: Ursache seien in erster Linie die ausbleibenden Steuereinnahmen. Im Gegensatz zu anderen Kommunen wachse der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer nicht im erforderlichen Umfange, würden die Schlüsselzuweisungen stagnieren und die Gewerbesteuer auf niedrigem Niveau stagnieren.

© Schaumburger Zeitung, 27.09.2004